

Danziger Zeitung.

No 15943.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethenburger-
gasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten
für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Telegramme der Danziger Btg.

Paris, 14. Juli. (B. L.) In der Kammer interpellirte gestern der Deputirte Keller wegen der Ausweisung des Herzogs von Amale. Der Kriegsminister General Boulanger rechtfertigte das Verfahren der Regierung. Die Kammer ertheilte jedoch der Regierung mit 375 gegen 168 Stimmen ein Vertrauensvotum und beschloß mit 331 gegen 180 Stimmen, die heutige Rede des Kriegsministers öffentlich aufschlagen zu lassen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 14. Juli.

Die Stellung der Mächte zur Barmungsfrage.

Die Londoner „Times“ äußert sich neuerdings über die Aufhebung des Freihafens von Barmum in ernstem Tone. Sie meint, Rußland dürfte finden, daß es durch die leichtfertige Behandlung von Verpflichtungen des Berliner Vertrags eher verloren als gewonnen habe, es werde vielleicht die vollständige Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens, deren einziges Hinderniß der Berliner Vertrag bilde, nicht verhindern können. Das Verhalten Rußlands sei von tief eingreifender Bedeutung für das Verhältniß herlicher und vertraulicher Beziehungen zu England. Wenn England nicht auf freundschaftlichem Fuße mit Rußland im Osten leben könne, müsse es seine Maßnahmen danach treffen und nur auf sich selber bauen. England dürfe Verpflichtungen Rußlands keinen Glauben schenken, die nur so lange gehalten würden, als es Rußlands Zwecken passe. Im übrigen werden in englischen Blättern widersprechende Nachrichten über die Stellung der Mächte verbreitet.

Während der „Standard“ sich von Berlin melden läßt, daß Rußland im Voraus von der Absicht, die Freihafenstellung von Barmum aufzuheben, Kenntnis gegeben, und weder von Berlin noch von Wien aus dagegen Protest erhoben sei, so daß Rußland sich also der Zustimmung der beiden anderen Kaiserreiche versichert hatte, wird andererseits gleichzeitig gemeldet, England plane einen Gesamtprotest der europäischen Mächte gegen den russischen Schritt. An unrichtigen Stellen Berlins ist, wie uns geschrieben wird, weder von der einen noch von der anderen Nachricht etwas bekannt; indessen wird man doch nicht annehmen dürfen, daß man in Berlin wie in Wien den russischen Schritt denn anders als einen Vertragsbruch aufzufassen, und daß man dazu hier oder dort seine Zustimmung gegeben hat. Wer im Verhältnisse der Verhältnisse etwas näher steht, wird sich kaum verhehlen, daß das Zustandekommen eines solchen Protestes, dessen Erfolglosigkeit auf der Hand liegt, mehr als unwahrscheinlich ist.

In Berliner politischen Kreisen hatte übrigens vor einigen Tagen eine von schon kurz erwähnte Pariser Correspondenz der „Wiener Neuen Freien Presse“ Aufsehen gemacht, worin ziemlich unverblümt gemeldet wurde, Rußland habe Frankreich ein Bündniß angeboten und dort einen Korb erhalten. Die Mittheilung hatte in Berlin mit Recht oder mit Unrecht Glauben gefunden; um so seltsamer ist es, daß die „Kreuz-Zeitung“ dieselbe nicht nur anzweifelt, sondern sogar die russischen Officiellen zur Richtigstellung auffordert.

Zur Ausführung des Zuckergesetzes.

Wie schon neulich von uns erwähnt wurde, bedarf es zur Ausführung der Artikel I. und II. des Gesetzes vom 1. Juni d. J. betr. die Besteuerung des Zuckers des Erlasses verschiedener vom Bundesrathe zu beschließender Bestimmungen. Das diesbezügliche im Reichsdruckamt ausgearbeitete sehr umfangreiche Material wird heute, Donnerstag und Freitag in den zuständigen Ausschüssen des Bundesraths beraten werden. Darnach würde die nächste Plenarsitzung des Bundesraths erst am Sonnabend stattfinden können. Wie die „Pol. Nachr.“ mittheilen, betreffen die diesbezüglichen Bestimmungen die Abfertigung von Zucker mit dem Anspruch auf Steuervergütung, die Verwertung, Creditirung und bezw. Vergütung der Rübenzuckersteuer und die Steuervergütungs-scheine, die nach § 4 zugelassenen steuerfreien Niederlagen für inländischen Zucker.

Was Artikel II. des neuen Zuckergesetzes betrifft, so sollen vorläufig Bestimmungen getroffen werden für eine Vervollständigung der statistischen Ermittlungen über die Zuckerproduction für das nächste Betriebsjahr — 1. August 1886 bis 31. Juli 1887, während die notwendige durchgreifende Neugestaltung jener Statistik erst vom Betriebsjahre 1887/88 ab ins Leben zu treten haben würde.

Reactionäres Gebahren im Schuhmachereinnungsbunde.

In den letzten Tagen hat in Berlin ein Congreß des deutschen Schuhmachereinnungsbundes getagt. Von allen zur Berathung gekommenen Gegenständen interessirt wegen ihrer Actualität am meisten die Discussion über den Befähigungsnachweis. Diese Frage hat ja bekanntlich in der letzten Reichstagsession eine sehr gründliche Erörterung erfahren. Was dabei — es war in sehr zahlreichen Sitzungen der Commission — die hochconservativen und clericalen Socialpolitiker unter Führung der Herren Adernann und v. Kleist-Regow geleistet haben, dürfte in den parlamentarischen Annalen so bald nicht wieder vergehnet werden. Radicalere Umwälzungen der bestehenden Produktionsweise sind bisher kaum noch von der deutschen Socialdemokratie empfohlen worden. Gleichwohl glaubte einer der Redner auf dem Schuhmacher-Congreß, daß die Verbringung des Befähigungsnachweises für den selbstständigen Handwerksbetrieb Schutz gegen die Socialdemokratie gewähren werde. Es wäre eher begreiflich gewesen, wenn der Befähigungsnachweis als die Vorbereitung socialdemokratischer Ideale bezeichnet worden wäre. Es ist geradezu das Verhängniß der hochconservativen Protectoren zünft-

lerischer Bestrebungen, nicht einzusehen, daß sie den Teufel mit Beelzebub austreiben wollen.

Für den Schuhmachercongreß bildet der Befähigungsnachweis die Cardinalfrage für den Handwerkerstand und die dringendste Forderung zu seiner Hebung, und er hat die Hoffnung ausgesprochen, daß Bundesrath und Reichstag dieser Forderung bald gerecht werden.

Damit dürften die Herren sich denn doch stark verrechnet haben. Es ist keineswegs absichtslos geschehen, daß der fertiggestellte Bericht der Commission über den betreffenden Antrag nicht mehr im Plenum zur Berathung gekommen ist. Die Vertreter der Regierung hatten in der Commission vermieden, eine bestimmte Erklärung abzugeben; sie verhielten sich der ganzen Angelegenheit gegenüber auffallend kühl, und ihre Anwesenheit in der Reichstagscommission war ebenso, wie die auf dem Congreß nichts mehr, als ein Act der Courtoisie. Selbst wenn die Regierung ursprünglich dem Antrag geneigt gewesen wäre, so hätte diese Sympathie mit dem Fortschreiten der Commissionsverhandlungen immer mehr nachlassen müssen. Auch auf dem Congreß vermieden die Regierungskommissare, eine Erklärung zur Sache abzugeben.

Die Petitionen um Einführung des Befähigungsnachweises werden wieder kommen, vielleicht wird auch der Antrag Adernann-Rhopatsch wiederholt, aber ein anderes Resultat wird doch kaum erzielt werden. Wollte der Schuhmachereinnungsbund die Erfahrungen, die ihm ein Schuhmacher aus Oesterreich über die Wirkungen des Befähigungsnachweises in seiner Heimat unterbreitet hat, beherzigen, so würde er von einem noch-maligen Einbringen der Petition rubig Abstand nehmen, denn durch das wüste Schimpfen mancher von diesen Herren auf die Juden klang doch sehr deutlich heraus, daß auch der Befähigungsnachweis dem Handwerk in Oesterreich nicht den erhofften Segen gebracht habe.

Gleichfalls sehr charakteristisch für das ganze reactionäre Gebahren des Schuhmachereinnungsbundes ist die Discussion über eine Reform der Gewerbesteuer gewesen. Sie spitzte sich zu einem Kampf gegen die Maschinen zu. Wenn nicht in der Discussion wiederholt Versicherungen der Loyalität laut geworden wären, man wäre gerade bei der Berathung über diesen Gegenstand in Verlegenheit um einen Unterbrechungspunkt zwischen den hier laut gewordenen Ausführungen und denen, die man von den Anhängern der Herren Bebel und Liebknecht zu demselben Gegenstand zu hören gewohnt ist.

Veränderungen in höheren Verwaltungsstellen.

Vor wenigen Tagen war in der Presse vielfach die Rede von Revirements in den höheren Verwaltungsstellen der Provinz Posen, die an die Nachricht anknüpften, daß Herr v. Tiedemann den Wunsch geäußert habe, eine andere Verwendung im Staatsdienst zu finden. Die „Post“ als das Organ des genannten Herrn ist, wie heute Morgen telegraphisch gemeldet ist, in der Lage diese Meldung zu dementiren. Unser Berliner Correspondent schreibt hierzu:

Die „Post“ handelt sicherlich im Auftrage des Herrn v. Tiedemann, und darum darf man annehmen, daß dieser Präsident der Bromberger Regierung bleibt. Aber mit diesem Dementi wird doch nicht die Thatsache aus der Welt geschafft, daß Hr. v. Tiedemann, der an dem Zustandekommen des Ansiedelungsgesetzes so regen Antheil genommen hatte — er hatte bei den Berathungen darüber einen kurzen Abzug der politischen Geschichte in unser Delphini vorgetragen —, bei der Befehlung der Immediat-Commission übersehen worden und auch als Nachfolger des in Ruhestand tretenden Posener Oberpräsidenten nicht in Frage gekommen war. Hr. v. Tiedemann scheint sich jedoch über die ihm zu Theil gewordene Kränkung bereits getrübt zu haben. Interessant bei der kürzlich verbreiteten Meldung war, daß als Nachfolger des eventuell als Ersatzmann für Herrn v. Tiedemann auszuwählenden gewesenen Vizepräsidenten der Posener Regierung der Reichstagsabgeordnete von Colmar-Weydenburg (conserv.) genannt worden war. So oft ein höherer Verwaltungsposten vacant wird, heißt es in den Blättern, Herr von Colmar, der Polizeipräsident von Posen ist, werde denselben erhalten. Es wird dabei stets mit großem Nachdruck hervorgehoben, daß der Genannte ein Schwiegersohn des Herrn von Lauer, des Leibarztes des Kaisers, sei. Als ob solch vortreffliche Connotationen in Preußen ganz allgemein die vorzüglichste Empfehlung für ein hohes Amt wären! Herr von Colmar hat bisher der Öffentlichkeit keine Gelegenheit gegeben, seine sonstigen Qualitäten dafür zu erweisen. Er hat es sogar vermieden, bei denjenigen Anlässen im Landtage das Wort zu ergreifen, wo man es von dem Polizeipräsidenten von Posen hätte voraussetzen sollen. Und solcher Anlässe hat es in der letzten Session nicht wenige gegeben.

Schwedischer Arbeiter-Congreß.

An den drei letzten Tagen des Juni fand in Drebro der dritte schwedische Arbeiter-Congreß statt. Von den im Lande bestehenden etwa 100 Arbeiter-Vereinen waren, wie wir einem Stockholmer Briefe der „R.-Btg.“ entnehmen, 76 auf dem Congresse vertreten. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

- 1) Es ist vollständige Religionsfreiheit zu gewähren.
- 2) Alle Wahlen in Schweden haben an einem Sonntag oder Festtage stattzufinden, und die Reichstagswahlen zur zweiten Kammer im ganzen Reiche an ein und demselben Tage. Alle mündigen und unbescholtenen Schweden, welche ihren Verpflichtungen gegen Staat und Gemeinde nachkommen, sind zu allen politischen und communalen Wahlen stimmberechtigt.
- 3) Es ist ein verbesserter und kostenloser Schulunterricht mit einer allgemeinen Bürgerschule als Grundlage in der Weise einzuführen, daß von dieser ein directer Uebergang zu den höheren Schulen stattfindet.

findet. Die Schule ist vollständig von der Kirche zu trennen.

4) Alle indirecten Steuern, welche die Lebensbedürfnisse vertheuern, sind abzuschaffen, dagegen sind directe und progressive Einkommen- und Erbschaftssteuern einzuführen.

5) Das Strafgesetz ist in humaner Richtung umzuwandeln; Unbemittelten ist kostenfreie Rechtshilfe zu gewähren, und die Einführung von Schiedsgerichten ist anzustreben.

6) Es ist ein Normal-Arbeitstag von 10 Stunden einzuführen. (Ein Nebenantrag betreffend das Verbot der Sonn- und Festtags-, sowie der Nachtarbeit wurde mit 37 gegen 27 Stimmen abgelehnt.)

7) Mit Unterstützung des Staates ist eine allgemeine Arbeiter-Unfall- und Pensions-Versicherung einzuführen. Die Arbeitgeber sind für Unfälle ihrer Arbeiter verantwortlich, wenn der Unfall eine Folge fehlerhafter Arbeitsanordnungen oder mangelhafter Schutzmaßregeln ist.

8) Die schwedischen Arbeitervereine schließen sich den internationalen Friedensbestrebungen an.

Die vorstehenden acht Punkte sollen das Programm der Arbeiterverbindung Schwedens bilden, für welche gleichzeitig ein provisorischer Central-Vorstand gewählt worden ist. Es wurden noch einige andere Beschlüsse gefaßt, von denen der bemerkenswerthe die zur Entscheidung gestellte Frage betrifft: „in wie weit den Arbeitern ein wirthlicher Vortheil aus dem Anschluß an die socialdemokratische Bewegung erwachsen könne?“ Mit 31 gegen 23 Stimmen wurde beschlossen, daß, da nunmehr für die schwedischen Arbeitervereine ein gemeinsames Programm angenommen, der Congreß sich kurz dahin erkläre, „daß die schwedischen Arbeiter an dem Programm festzuhalten und sich auf keine engere Verbindung mit solchen Vereinigungen einzulassen hätten, deren Absichten ja immerhin gute sein, deren Wege zum Ziele aber Zweifeln unterworfen werden könnten.“ Der Anschluß an die Socialdemokraten wurde also abgelehnt.

Die Finanzen Frankreichs.

des Staates, der seine Einnahmequellen vorzugsweise in den indirecten Steuern sucht und deshalb von unseren neuesten Finanzpolitikern häufig als Vorbild angeführt wird, wollen sich durchaus nicht bessern. Während der ersten sechs Monate blieben — wie man der „Schl. Btg.“ aus Paris schreibt — die Steuereinnahmen um 48933000 Frs. hinter dem Voranschlag, und um 37891000 Frs. hinter dem Erträgniß des Vorjahres zurück. Es steht demnach ein Ausfall von 100 Millionen für 1886 in Aussicht, während sich die Ausgaben steigern. So namentlich durch Erhöhung des Zuschusses für die Eisenbahnen, da deren Einnahmen, trotz vermehrter Betriebslänge, während der 25 ersten Wochen 24 1/2 Millionen weniger betragen als im Vorjahre. Also ein Verlust von 50 Mill. für 1886. Dabei sind die Einnahmen der Eisenbahnen während der zwei vorhergehenden Jahre schon um 52 Mill. zurückgegangen. Die Verbrauchssteuer der Stadt Paris ist im ersten Halbjahr um 685 419 Frs. hinter dem Voranschlag und um 758 111 Frs. hinter dem Vorjahre zurückgeblieben. Von dieser Mindereinnahme kommen allein 322 584 und 303 026 Frs. auf den Monat Juni, in welchem die hauptsächlichsten Festlichkeiten stattfanden, welche seit dem Herbst zur Belebung von Handel und Wandel sowie zur Anlockung von Fremden veranstaltet wurden.

Die Einnahmen bei den indirecten Steuern und bei den Staatsbetrieben gehen zurück, die Ausgaben steigen — das ist überhaupt die Signatur der neuesten Finanzpolitik.

Verhaftungen in Serbien.

In Wien waren gestern aufsehenerregende Nachrichten über Verhaftungen serbischer Abgeordneten in Umlauf verbreitet. Ein Wiener Telegramm der „Post“ lautet:

Bei der Wahl des Präsidenten und des Verifications-Ausschusses der serbischen Skupstina zeigte sich, daß die Regierung über 80, die Opposition über 68 Stimmen disponirt. Großes Aufsehen erregte die gestern erfolgte Verhaftung von sechs oppositionellen Deputirten. Die Wahlcertificats derselben wurden von der Polizei für ungültig erklärt. Diese Deputirten hatten sich feierlich der von der Regierung eingeleiteten Untersuchung wegen Wahlmissbräuche durch die Flucht entzogen und hatten sich erst in den letzten Tagen, auf ihre Immunität vertrauend, nach Niß begeben. Wie von ministerieller Seite erklärt wird, sind diese Deputirten nur im Besitze der vom oppositionellen Wahl-Comité ausgetheilten Wahlcertificats, die nicht legalisirt und nicht anerkannt sind.

Dem gegenüber erhält die „Pol. Correspondenz“ aus Belgrad von gestern Abend die Mittheilung, daß die Nachricht von der Verhaftung der 6 Abgeordneten auf einem Irrthum beruhe. Es seien nur 2 Personen wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe verhaftet worden, aber kein Abgeordneter irgend einer Partei. — So viel scheint aber auch aus diesem Dementi hervorzugehen, daß die Verhältnisse in Serbien gegenwärtig wieder einmal manches zu wünschen übrig lassen.

Die birmanischen Schwierigkeiten.

Neue Hubschöpfen kommen aus Rangun: Die Gegend um Mandalay herum befindet sich in sehr aufgeregtem Zustande. Während der Flottillen-Dampfer „Kadoc“ den Myittha hinabfuhr, wurde von Insurgenten auf ihn geschossen, wobei ein Sepoy verwundet ward. Der Myittha-Prinz hält das Land im Südosten von Mandalay, und seine Streitkräfte sollen im Zunehmen begriffen sein. Gehe dieser Prinz nicht gefangen genommen oder aus dem Felde vertrieben worden ist, giebt es keine Aussicht einer Pacificirung von Ober-Birma. Alle anderen Insurgentenführer behaupten in seinem Interesse zu kämpfen. Es wird großes Erstaunen darüber geäußert, daß gegen den Myittha-Prinzen nicht energischer Maßnahmen ergriffen worden sind. In Unter-Birma sind die Berge zwischen Taungbo und Prome durch große Banden von Freiheimern besetzt. Rarenen-Truppen, sowohl aus Taungbo wie aus Prome, sollen gegen sie entsandt werden,

da nur Rarenen in dieser Jahreszeit die Berge betreten können.

Am 9. Juli kamen in Rangun 300 Invaliden aus Ober-Birma an, und 80 weitere befanden sich an Bord des Dampfers, der tags darauf eintreffen sollte. So werden die an sich schon wenig zahlreichen englischen Truppen durch die ununterbrochenen Kämpfe und Strapazen immer mehr geschwächt. Es müssen Verstärkungen, viel Verstärkungen heran, wenn dem jetzigen Chaos ein gründliches Ende bereitet werden soll.

Deutschland.

§ Berlin, 13. Juli. Aus Koblenz wird telegraphisch gemeldet: Der Kaiser wohnte gestern Abend der Theatervorstellung bei. Heute Vormittag 10 Uhr machten beide Majestäten eine Spazierfahrt. Zu dem Diner ist unter anderen hervorragenden Personen der Botschafter in London, Graf Gatzfeld, geladen. Die Abreise des Kaisers ist auf heute Abend 9 1/2 Uhr festgesetzt.

* [Fürst Bismarck in München.] Auch die Nachricht, Fürst Bismarck werde im Laufe der letzten Woche in München eintreffen, um dem Prinzregenten persönlich seinen Glückwunsch darzubringen, wird von der „M. N. Z.“ noch angezweifelt. Es sei der Besuch des Reichskanzlers in München zwar wahrscheinlich, officiell sei jedoch noch nichts verlautbart. Uebrigens bedürfe es keiner besonderen Versicherung, daß der Besuch des Fürsten in München, der seit dem Feldzuge von 1870/71 keinen Aufenthalt in der bairischen Hauptstadt genommen, seitens der Bevölkerung mit Freude begrüßt werden würde. Das scheint zu bedeuten: Wenn der Besuch auch noch nicht officiell angemeldet ist, so steht er doch außer allem Zweifel.

* [Die Nationalliberalen und Freiconservativen.] Die rheinischen Nationalliberalen haben am 11. d. Mts. in Köln folgende Resolution beschlossen:

„Die Versammlung legt großen Werth auf ein freundschaftliches Verhältniß zu der freiconservativen Partei, wünscht aber jedes die Selbstständigkeit der nationalliberalen Partei beeinträchtigende Vorgehen zu vermeiden zu sehen.“

* [Die Lauenburger Nachwahl.] Als der frühere Abg. Westphal, wegen eines Ohrenleidens, das er sich auf seinen Reisen als Reichstagsabgeordneter zugezogen, auf ärztlichen Rath die Wiederannahme einer Candidatur definitiv ablehnen mußte, wurde diese seitens des Vorstandes des liberalen Wahlvereins für das Herzogthum Lauenburg dem Landtagsabg. Rammerrath Berling angeboten. Dieser erklärte sich schließlich zur Annahme der Candidatur bereit, wenn er von einer einberufenen Generalversammlung des liberalen Vereins aufgefordert würde. Dieselbe wird nunmehr am 18. Juli stattfinden. Nach den uns zugehenden Nachrichten ist die Auffassung Berlings als sicher anzunehmen. Wegen der Entgegnung wird sich, da in dem Kreise die landwirthschaftlichen Interessen weit überwiegen, die weitere Agitation in den engsten Grenzen bewegen müssen. Weitere Versammlungen werden bis zum Wahltermin nur sehr wenige abgehalten werden können.

* [Der Vatican und Prinz Sulpiz.] Aus Rom erhält die clericale „Römische Volkszeitung“ folgendes Privattelegramm: „Die Worte im Erlasse des Prinz-Regenten von Baiern, welche von der vollkommenen Befriedigung des h. Stuhles über die Lage der kirchlichen Angelegenheiten in Baiern sprechen, haben hier sehr befremdet. Vorgeblich fragt man sich, auf welche Erklärungen des h. Vaters diese Worte sich stützen sollen, während doch Erklärungen im gegentheiligen Sinne vorhanden sind. Der Vatican dürfte jenen Satz zum Gegenstand weiterer Erörterungen machen.“ — Ein Desabuse des Papstes wäre zwar sehr interessant und den deutschen Ultramontanen sehr angenehm; es muß aber erst abgewartet werden, ob an jener Meldung des Römischen Blattes etwas Wahres ist.

* [Ueber das Unfallversicherungsgesetz.] Sprechen sich die Berichte der Handelskammern nicht aus. Fast alle entschuldigen sich mit der Kürze der Zeit, die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes verstrichen. Nur die Handelskammer für Aachen und Birtfeld macht eine Ausnahme. Sie vermißt bei dem Gesetze in manchen Punkten die nöthige Klarheit und findet, daß es auch sonst mancher Verbesserungen bedarf. So ist z. B. die sehr wichtige Frage, in welcher Weise die wirklichen Arbeitstage berechnet werden sollen, vom Gesetze gänzlich ignoriert, auch das Reichsversicherungsamt hat bisher eine bestimmte Stellungnahme vermieden. „Der Umstand“, sagt der Bericht ferner, „daß nur bei vorläufiger Herbeiführung eines Betriebsunfalles (welcher letztere Begriff zur Zeit noch sehr verschieden interpretirt wird) die Entschädigung verweigert werden kann, ist geeignet, den Leichnam der an den Umgang mit Maschinen ohnehin schon gewöhnten Arbeiter zu verheeren; thätigst ist bei vielen der bisher eingetretenen Unfälle Leichnam die Ursache des Unglücks gewesen.“ Eine fühlbare Lücke im Unfallversicherungsgesetz habe sich jedoch noch bezüglich der sogenannten Passanten, also vorübergehend in den Fabriken anwesenden Personen, herausgestellt. Dagegen gegenüber sei der Unternehmer durch das Haftpflichtgesetz für alle ihnen innerhalb des Fabrikbetriebes zuzuführenden Unfälle verantwortlich, während ihm das Unfallversicherungsgesetz durchaus keine Möglichkeit biete sich dagegen innerhalb der Genossenschaft zu schützen. Eine Novelle zum Gesetz zur Regelung dieses Gegenstandes sei dringend geboten. (Dr. M. Z.)

* [Fiebererkrankungen an Bord der „Hyäne“.] Ueber den Tod des Arztes von dem Kanonenboot „Hyäne“, welcher Ende Mai im französischen Distrikthause in Zanzibar verschieden ist, schreibt die „Colonial-Anth.“ Correspondenz: „Er hatte sich in Mauritius, wo „Hyäne“ auf Dock gewesen war, das perniciöse Fieber geholt. Das Klima von Mauritius ist seitens der „Hyäne“ als geradezu erschreckend befunden worden. Offiziere und Mannschaften des Schiffes sind vom Fieber

ergriffen gewesen; das Schiff hatte dieses Umstandes halber seine beabsichtigte Reise nach Zanzibar Wochen lang verschieben müssen. Der Arzt der „Hyäne“ ist unter Verhütung sämtlicher in Zanzibar weilender Deutschen zu Grabe getragen worden. Die Leiche ruht neben derjenigen des Capitäns v. Rostitz und derjenigen eines kaiserlichen Matrosen.

* [Deutsche Lieferungen für China.] Ueber die Bemühungen deutscher Firmen, Aufträge zu Lieferungen für die in China geplanten Eisenbahnbauten zu erlangen, waren bisher schon viele den Deutschen meist ungünstige Chancen in der Concurrenz mit den Engländern und Franzosen zu sprechenden Nachrichten verbreitet. Jetzt wird jedoch der „Times“ aus Tientsin gemeldet, daß die Firma Krupp von der chinesischen Regierung eine Bestellung auf 1500 Tonnen Stahlschienen erlangt habe. Der Preis beträgt einschließlich der Frachtpreise 25 Schillinge per Tonne unter dem niedrigsten englischen Angebote.

Breslau, 12. Juli. Wie die „Schles. Volksztg.“ mittheilt, hat sich der Gesundheitszustand des Fürstbischöflichen gebessert. Die ernsten Befürchtungen, welche unmittelbar nach der schweren Erkrankung des Fürstbischöflichen Herzog gehegt wurden, haben sich als unbegründet erwiesen.

* In Göttingen sollte gestern nach dem „N. Götting. Anz.“ Nachmittags 3 Uhr im dortigen Concertsaal eine socialdemokratische Versammlung stattfinden, in welcher Stadtb. Götting aus Berlin einen Vortrag über das Thema „Angenehme Zustände“ zu halten beabsichtigte. Nur 5 Minuten war es Herrn Götting vergönnt, vor seinen Parteigenossen zu sprechen, da alsdann nach § 9 des Societätengesetzes die Versammlung durch den aufsichtsführenden Polizeibeamten, Polizeicommissar Haupt aufgelöst wurde.

* In Lauban ist wieder ein schwerer Conflict zwischen den Stadtverordneten und dem Bürgermeister Feichtmeier entstanden. Der Antrag des Magistrats, die Communalsteuer interimistisch auf 166% Proc. der Staatseinkommen- und Klassensteuer festzusetzen, wurde abgelehnt, da eine procentuale Festsetzung der Steuer vor Durchberatung des Staats undenkbar sei. Der Etat ist aber noch nicht beraten, weil die Stadtverordneten die Beratung bis dahin verweigern, wo die Monita der Jahresrechnung von 1884/85 beantwortet sein werden, was der Magistrat von der Zuziehung eines Magistratsmitgliedes zu den Beratungen der Rechnungsrevision abhängig macht, die von den Stadtverordneten verweigert wird. Behufs Beschaffung von Geldmitteln gestattete die Versammlung die Lombardirung von Werthpapieren, lehnte aber in Anbetracht der Finanzlage und bei dem Mangel an einem Etat alle Geldbewilligungen ab.

Spremberg, 10. Juli. Die bekannten Vorgänge, die uns den kleinen Belagerungszustand eingetragen haben, zeitigen hier und wieder immer noch kleine Nachwehen. So wurden neulich bei einem Tanzergnügen wieder vier junge Leute verhaftet, weil sie unter Bezugnahme auf die seinerzeitigen socialdemokratischen Unruhen den Polizisten Hubrich in auffälliger und fälschlicher Weise herausforderten.

Rippen, 13. Juli. Auf eine vom Festcomité an den Reichstagspräsidenten Fürsten Bismarck gerichtete Begrüßung ging folgendes Antwortschreiben ein: „Mit herzlichem Danke erwidere ich den freundlichen Gruß meiner Neumärkischen Landsleute und blide, dankbar gegen Gott, auf die, seit ich in Rippen war, vergangenen vierundzwanzig Jahre zurück.“

Neu-Strelitz, 13. Juli. Der Großherzog ist heute früh nach London abgereist.

Frankfurt a. M. Die Abgeordnetenversammlung und Wanderversammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine wird, die erstere am 14. August, die letztere in den Tagen des 16. bis 19. August, hier selbst abgehalten werden.

Vom Rhein, 11. Juli. Der jüdische Cantor Abraham, polnisch-russischer Nationalität, ist in den letzten Tagen aus Münden-Glabach ausgewiesen worden. Gegen den Lebenswandel des Betreffenden liegt nicht das mindeste vor, derselbe wird als ein harmlos-ruhiger Mann geschilbert. Von demselben muß man also wohl befürchtet haben, er könnte allmählich die Rheinprovinz polonisiren?

Straßburg, 12. Juli. Uniformirte Schüler sollen nach einer neuen Verfügung des Statthalters, wenn sie aus den französischen Unterrichtsanstalten zu den Ferien nach Elsaß-Lothringen kommen, an der Grenze zurückgewiesen, im Lande selbst aber verharren bzw. bestraft werden. Schon im Jahre 1876 war durch eine Verfügung des Oberpräsidenten v. Möller das Tragen französischer Schüleruniformen im Reichsland untersagt worden. Statthalter v. Manteuffel aber hatte auf Antrag einiger Notabeln jenes Verbot außer Kraft gesetzt.

* Aus Münden vom 11. Juli schreibt man der „Nat. Ztg.“: Eine von dem Generalintendanten Frhrn. v. Borsal auf heute Vormittag einberufene Versammlung des gesammten Theater-Solopersonals hat einstimmig beschlossen, eine öffentliche Erklärung abzugeben, in welcher über das Benehmen des Schauspielers Kästner, das er durch die Veröffentlichung der Briefe Königs Ludwig's II. an den Tag gelegt hat, die Mißbilligung ausgesprochen wird.

Oesterreich-Ungarn. Triest, 13. Juli. Seit gestern Mittag sind 3 Cholerafälle (von früher erkrankten Personen) und eine neue Choleraerkrankung vorgekommen. (W. L.)

Frankreich. Paris, 13. Juli. Die Deputirtenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung den Schiffsabzugsvertrag mit Italien mit 263 gegen 252 Stimmen abgelehnt.

— Heute hat hier die feierliche Enthüllung des Denkmals Diderot's stattgefunden. (W. L.)

England. * [Der Kampf gegen Gladstone] Ist bei den Wahlen in den nächsten Wahlen geführt. Von den Conservativen in allen Tonarten geschmäht, von Randolph Churchill, dem Heißhörn der conservativen Partei, mit Ehrenwörtern belegt, unter denen solche, wie „der wahrhaftigste und verberberischste Greis“ noch gelinde waren, mußte Gladstone auch erleben, daß die bedeutendsten Männer der liberalen Partei, das Chamberlain, Hartington, Goschen in den schärfsten Ausdrücken seine Politik als unheilvoll für England verurtheilten, und daß zum Schluß sein alter Freund John Bright, nach ihm vielleicht der populärste Mann Englands, sich in einer Proclamation gegen ihn wandte, in welcher es unter anderem hieß, daß „Gladstone den Bestand verloren zu haben scheint“. Prozesse aber werden bekanntlich auch gegen so scharfe Kritiker nicht angestrengt. In Deutschland wäre das anders.

Italien. Rom, 13. Juli. Von gestern Mittag bis heute Mittag sind an der Cholera in Civitavecchia 11 Personen erkrankt und 2 gestorben, in Venedig 2 gestorben, in Francavilla 73 erkrankt und 26 gestorben, in Lariano 33 erkrankt und 12 gestorben, in San Vito 17 erkrankt und 4 gestorben, in Erchie 20 erkrankt und 5 gestorben, in Messagne 2 erkrankt und 1 Person erkrankt und in Oria 1 gestorben.

Rußland. Petersburg, 13. Juli. Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern nach Peterhof zurückgekehrt.

Amerika. * Die Stadt Albany in Amerika wird im nächsten Monat das dreihundertjährige Jubiläum ihrer Gründung feiern. Die Stadt wurde von Niederländern, und zwar von Bewohnern des Städtchens Beverwyck, welchen Namen Albany auch bis zum Verlust der niederländischen Besetzung trug, gegründet. An den Bürgermeister von Beverwyck sowie an die von Amsterdam und Haag und an die niederländischen Universitäten sind Einladungen ergangen, um dem Stiftungsfeste beizuwohnen. Das niederländische Element in der Union, gewissermaßen der Grundstock der aus Europa eingewanderten Bevölkerung, hat in mancher Hinsicht seine Eigenartigkeit mit einer ungläublichen Zähigkeit behauptet, denn nicht nur erscheint in der Union eine im Verhältnis zur holländischen Bevölkerung sehr stattliche Anzahl von Zeitungen in holländischer Sprache, sondern es besteht eine Reihe von Gemeinden, in denen holländisch gepredigt wird.

Von der Marine. * Der Kreuzer „Möwe“ (Commandant Capt. zur See Hoffmann) ist am 11. Juli cr. in Wden, der Kreuzer „Nautilus“ (Commandant Corbette-Capitän Ködiger) am 13. Juli cr. in Shanghai eingetroffen.

Danzig, 14. Juli. Wetterausflüge für Donnerstag, 15. Juli. Original-Telegramm der Danziger Zeitung auf Grund der Prognose der deutschen Seewarte.

Bei mäßigen Winden unbestimmter Richtung veränderliches Wetter mit etwas Niederschlägen. Temperatur wenig verändert.

* [Neue Pferdeisenbahnlinie.] Zwei reich befrachtete Waggon, deren Zugpferde mit Rosetten und Schleifen geschmückt waren, besuchten heute Vormittag die neue Stadthausstraße vom Legethorbahnhoft bis zur Burgstraße. In den Waggon befanden sich die Vertreter der beteiligten königlichen und städtischen Behörden, die Herren Unternehmer der Bahnlinien u. A. Zweck der Fahrt war die bau- und verkehrspolizeiliche Abnahme der neuen Linie, zu welchem Zweck an mehreren Punkten behufs näherer Besichtigung der Anlagen und ihrer Begutachtung gehalten wurde. Der Bau der Bahn hat jedoch, wie wir hören, zu keinen erwähnenswerthen Ausstellungen Veranlassung gegeben und es kann somit mit dem morgenden Tage der volle Betrieb beginnen.

* [Neue Verschärfungen der russischen Grenzkontrolle.] Die mit den Regierungsorganen gute Fühlung unterhaltenden russischen Behörden unterwerfen die neueste Bestimmung der preussischen Regierung, gemäß welcher russische Unterthanen aus dem Königreich Polen, die nicht im Besitze von dem preussischen General-Consul in Warschau visirten Legitimationskarten sind, die Ueberschreitung der preussischen Grenze untersagt ist, einer herben absprechenden Kritik und stellen als Revanche Repressalien der russischen Regierung in Aussicht. So äußert sich — um nur eine der zahlreichen Beispiele herauszugreifen — „Nowoje Wremja“ wie folgt: Es ist leicht begreiflich, welches Hinderniß diese preussische Maßregel involviren für diejenigen, welche, an beständige Beziehungen jenseits der Grenze gewöhnt, dieselbe passieren mußten und noch müssen. Wir dürfen erwarten, daß auch von unserer Seite ähnliche Repressalien unseren „guten“ Freunden gegenüber in Anwendung gebracht werden. Es wird dies für uns sehr gut sein, aber sie selbst sehr empfindlich treffen, da die Zahl der deutschen Unterthanen, welche unsere westlichen Grenzgebiete aufsuchen und sich darin umhelfen, eine bedeutend größere ist, als die Zahl der Unterthanen unseres Reiches, welche genöthigt sind, Preußen zu besuchen.

Man darf darauf gespannt sein, welche Art Einschränkungen man nach russischerseits ausfindig machen wird, um die schon so hermetische Grenzsperrung noch mehr zu verschärfen. (W. M. S.) * [Zuckerfabrik Braunk.] In der gestern abgehaltenen Generalversammlung der Zuckerfabrik Braunk waren 853 Actien vertreten. Aus dem von der Direction erstatteten Bericht pro 1885/86 entnahmen wir, daß nur 274 020 Ctr. Rüben (gegen 506 200 Ctr. im Vorjahre) in 125 Schichten, also täglich durchschnittlich 4384,34 Ctr. verarbeitet wurden. Dagegen durch Zufuhr fremder Melasse wurden vermittelst der Auscheidung ca. 33 735 Ctr. Melasse-Zucker bereitet, wodurch die Minderverarbeitung von Rüben ausgeglichen wurde. Die Anlage der Auscheidung sowohl, als der Raffinerie haben es ermöglicht, daß der Rechnungsabluß ein so günstiger gewesen, indem es dadurch möglich wurde, ca. 32 000 Ctr. Consumwaare zu produciren und die Arbeiten bereits Anfang September zu beginnen, wodurch bei spätem Verkauf der gewonnenen Fabrikate die damals noch höheren Zuckerpreise ausgenutzt werden konnten. Der Rechnungsabluß war deshalb ein recht günstiger, da er einen Reinertrag von 162 542 Mk. 67 Pf. ergab, wodurch es möglich wurde, ca. 66 000 Mk. auf Abschreibungen zu verwenden, den Reservefond mit rund 9700 Mk. zu dotiren und eine Dividende von 10 Proc. zu gewähren, während die Rüben mit 90 resp. 95 Pf. für die Verfertigten bezahlt wurden. Die Rechnungen pro 1885/86 wurden von der Generalversammlung auf Antrag der Rechnungsrevisoren begutachtet und zu Rechnungsrevisoren die Herren Max Bischoff-Danzig, Walter Heyer-Straßburg und A. B. Muscate-Danzig gewählt. Darauf wurde die Wiedernahl der beiden durchs Los ausgewählten Aufsichtsräthe, der Hrn. Köppl-Magkau und Wendt-Arschau, sowie die Neuwahl des Herrn v. Tiedemann-Rußpöhl an Stelle des Herrn Schlenther, der sein Amt niedergelegt hat, vollzogen.

* [Militärisches.] An Stelle des bekanntlich als Ober-Regierungsrath nach Königsberg verlegten Herrn Regierungsraths Fischer ist Herr Regierungsrath Weber hier selbst zum Mitgliede der kaiserl. Disciplinarkammer für Reichsbeamte vom Bundesrath ernannt worden.

* [Militärisches.] Bei dem neuen Infanterie-Gepäck, dessen Einführung jetzt bewirkt wird, handelt es sich nicht nur um eine den Mannschaften zu gewöhnliche Gewichtsvermehrung, welche übrigens sehr beträchtlich ist, da dieselbe für die Ausrüstungsgegenstände der Infanterie ca. 3 Kilogramm (bei der Kavallerie circa 6 Kilogramm) beträgt, sondern besonders auch um eine gleichmäßigere Vertheilung und eine bequemere Tragart der Gepäckstücke. Sämtliche Ausrüstungsgegenstände haben dementsprechend eine zierlichere Form erhalten, ohne deshalb an ihrer Handlichkeit und Dauerhaftigkeit Einbuße zu erleiden. Besonders in's Auge fallend ist die Sackart, mit welcher man es vermeiden hat, die Brust durch darüber hinführende Riemen und Gurte zu beengen; Brodbrotbeutel, Flasche und das kleine Schanzzeug werden direct an der Koppel befestigt. Eine weitere Neuerung sind die 3 (früher 2) Patronentaschen, von denen 2 wie bisher vorn, die dritte unmittelbar unter dem Tornister getragen werden; dieselben hängen nicht mehr an Schlaufen lose am Leibriemen, sondern sind fest an denselben geschnallt, und zwar so, daß ihre obere Kante über der des Leibriemens liegt. Jeder, dem die mit Feldschärgen gefüllten Taschen beim schnellen Laufen schon auf dem Leib herumgeklappert sind, wird die Vortheile der neuen Befestigungsart zu schätzen wissen. Eine gründliche Aenderung hat auch der Torn-

nister erfahren, der bekanntlich zweitheilig ist. Das soll nun nicht heißen, daß der Tornister an sich zerlegt werden kann, derselbe enthält vielmehr nur einen sogenannten Lebensmittelbeutel aus braunem Segeltuch, welcher unter der Klappe seinen Platz hat und, wenn bei starken Märschen und im Geseht zur Erleichterung der Mannschaften das Gepäc abgelegt wird, herausgenommen und selbstständig als Tornister getragen werden kann.

* [Personalien.] Der Rechtsanwält Max Brinmann aus Danzig ist zum Referendarius ernannt und dem Amtsgericht in Schöned zur Beschäftigung überwiesen.

* [Jubiläum.] Am 1. September feiert, wie schon früher mitgetheilt wurde, der an der städtischen Bezirks-schule in der Vorstadt St. Albrecht angestellte Haupt-lehrer Pawlowski sein 50jähriges Jubiläum. 47 Jahre lang hat Herr P. an der genannten Schule gewirkt und seit 1874 dieselbe als Hauptlehrer geleitet.

* [Anteilsführung.] Am nächsten Sonntag, den 18. d. M., wird der für die evangelische Kirche in Waffisch diesen städtischen Patronats erwählte Parrer Ostermeier durch den Superintendenten Settgarten aus Sittland in sein neues Amt eingeführt werden.

* [Concert-Reise.] Morgen verläßt die Kapelle des Regiments Nr. 128 unter Führung ihres Kapell-meisters Hrn. Knochewitz Danzig bis zum 1. August, um eine größere Concert-Reise in Uniform zu unternehmen. Die Kapelle wird zunächst in Elbing, Marienburg und zum Provinzial-Schützenfest in Marienwerder, dann in der Jubiläum-Ausstellung in Berlin concertiren. Von dort begiebt sich die Kapelle nach Hamburg, um im dortigen zoologischen Garten Concerte zu geben, von Hamburg nach Lübeck, Stettin und Stolz und trifft am 1. August wieder in Danzig ein.

* [Genossenschafts-Schiedsgericht.] Heute Vormittag tagte im oberen Saale der „Concordia“ unter dem Vorsitz des Hrn. Reg.-Raths Dr. Adler das Schieds-gericht der polnischen Genossenschaft. Vor Eröffnung der Sitzung hielt der Herr Vorsitzende eine Ansprache, in welcher er die Bedeutung der genossenschaftlichen Schiedsgerichte und die durch diese zu bewirkende neue Art der Rechtsprechung beleuchtete, worauf die Vertheilung der vier Beisitzer erfolgte. Der erste Fall, den das Schiedsgericht abzuurtheilen hatte, war folgender: Ein Arbeiter in Tilsit hatte sich beim Scheren einer Säge durch Zerbrechen der benutzten Feile den Mittelfinger der rechten Hand erheblich verletzt. Der Unfall war anfangs nicht gemeldet worden. Durch Nichtbefolgung der ärztlichen Verordnungen verschlimmerte sich der verletzte Finger der Art, daß er später amputirt werden mußte. Der Arbeiter behauptete in Folge dessen von der Norddeutschen Holzverarbeitungs-gesellschaft in Berlin eine lebenslängliche Rente, wurde mit seinem Ansuchen jedoch abgewiesen, weil nach den angestellten Ermittlungen die Genossenschaft annahm, daß der Arbeiter sich die Verschlimmerung und schließlich die Amputation des Fingers absichtlich zugezogen habe. Gegen diese Entschliessung erhob der Arbeiter Verurteilung an das Schiedsgericht, indem er ausführt, daß er sich weder die Verletzung noch die Verschlimmerung absichtlich zugezogen habe. Sollte er die ärztlichen Vorschriften nicht genau befolgt haben, so liege das daran, daß er tauchlumm und littauer sei, weshalb er die Anordnungen des Arztes wohl nicht richtig verstanden haben möge. Er sei durch die Amputation des Fingers vollständig arbeitsunfähig geworden. Die Verurteilung der Genossenschaft bestritt durch ihren Vertreter zunächst, daß der Arbeiter auf niedriger Culturstufe, wie er angebe, stehe; er verstehe, trotzdem er tauchlumm ist, alles, was ihm gesagt und angedeutet werde, was der Vertreter näher nachwies. Der Kläger habe dadurch, daß er nach der Verletzung weiter gearbeitet und die Wunde vernachlässigt, die Verschlimmerung selbst herbeigeführt, er sei dem Trunk ergeben und habe die Verschlimmerung beabsichtigt, um eine Rente auf Kosten seiner Mitarbeiter zu erzielen. Das Schiedsgericht entschied dahin, die Klage abzuweisen, weil es annahm, daß der Arbeiter die Verschlimmerung sich selbst und absichtlich zugezogen habe. Der zweite heute zur Entscheidung vorliegende Fall betraf den Untermüller Rabau (in Arbeit bei dem Schneidemühlener Herrn Weber in Tilsit), der sich bei der Arbeit einen Finger so schwerlich hatte, daß derselbe abgenommen werden mußte. Rabau beantragte deshalb bei der Berufsgenossenschaft eine entsprechende Entschädigung. Die Genossenschaft wies den Entschädigungsanspruch ab, weil die Erwerbsfähigkeit des R. durch den Verlust des Fingers nicht gelitten hat. Er hat vor dem Unfall 1,50 M. pro Tag erhalten und erhält trotz des Verlustes des Fingers immer noch denselben Tagelohn. Gegen diesen Entschluß hat Rabau das Urtheil des Schiedsgerichts angefochten, indem er ausführt, daß seine Erwerbsfähigkeit durch den Verlust des Fingers wesentlich beeinträchtigt werde. Wenn Herr Weber ihm auch aus Gnade den früheren Tagelohn bewillige, so sei doch zu befürchten, daß, wenn er seine Stellung wechsle, er von einem anderen Arbeitgeber nicht denselben Lohn wegen des Fehlens des Fingers erhalten werde. Die beklagte Genossenschaft hat hierauf entgegnet, daß Weber dem Rabau nicht aus Gnade den früheren Tagelohn zahle, sondern weil die Leistungsfähigkeit desselben durch den Verlust des Fingers in keiner Weise beeinträchtigt sei. Nach Behandlung des Arbeitgebers des Klägers verfiel derselbe seine Arbeit in derselben Weise wie vor Verlust des Fingers, und es ist von einer Verminderung seiner Arbeitsfähigkeit nichts zu merken. Der Kläger begründet seinen Entschädigungsanspruch ferner mit der Erwägung, daß, wenn er auch augenblicklich denselben Tagelohn erhalte, wie früher, er doch, wenn ihm der Finger nicht fehle, Obermüller und noch mehr hätte werden können, er also bedeutend in seinem weiteren Fortkommen behindert sei. Das Schiedsgericht entschied dahin, den Kläger mit seiner Klage abzuweisen, da für die Festsetzung einer Verminderung seiner Erwerbsfähigkeit nicht eingetreten sei.

* [Unfall.] Der Arbeiter Hermann Marczinski fuhr gestern mit einem leeren Reitwagen von Stadtgebiet nach dem Boltengang hinein. Er stand vorn, mit dem Rücken gegen eine Seitenleiter gelehnt, auf dem Wagen. Bei einem Rud, welchen der Wagen plötzlich erhielt, verlor M. das Gleichgewicht und stürzte rückwärts hinunter, wobei ihm ein Hinterrad über die Brust fortging. Wegen der erlittenen Kopf-wunden und Rippenbrüche fand M. Aufnahme im Stadt-Gareth.

* [Gegensatz.] Gestern Abend wurde der Arbeiter Paul Zimmermann und heute der Arbeiter Joh. Vide, beide als Vollführer des an den Gastwirth Kanomski aus Pieskeford begangenen, gestern erwähnten Straßens-raubes, verhaftet.

* [Polizeibericht vom 14. Juli 1886.] Verhaftet: Ein Mädchen wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen Straßens-raubes, 5 Obediente, 2 Bettler, 1 betrunkenen Frau, 1 Seefahrer wegen unbefugten Betretens der Festungs-werke. — Verloren: Von Schiffsplange nach dem Pommerschen Bahnhofs ein Portemonnaie mit Inhalt. Abzugeben auf der königl. Polizei-Direction.

k. Zappot, 14. Juli. Unsere Sommerbühne unternahm gestern Abend gewissermaßen ein Wagniß; sie versuchte sich an dem fünfactigen Dumas'schen Drama „Ran“, dessen Held bekanntlich von hervorragenden Charakterdarstellern oft und gern als Paraderolle benützt wird. Der fähige Griff erwies sich jedoch als kein verfehlter, denn der Theaterbesuch zeigte eine Fülle, wie er sie in den verflochtenen 14 Tagen noch nicht zu verzeichnen gehabt, und auch mit der Aufführung konnte man im Großen und Ganzen zufrieden sein. Veranlassung zu der Aufführung war wohl der Umstand, daß diesmal Dr. Director Jantsch als Gast in der Titelerolle auf seiner Bühne erschien, um nach dem Wahlspruch variatio delectat auch die Zappoter Sommerfeste einmal an den Griffs des Lebens zu erinnern. Hr. Jantsch hat als „Ran“ schon in Danzig mehrfach mit fremden Künstlern rivalisirt und seine Darstellung des Helden hat bereits an dieser Stelle wiederholt Besprechung gefunden. Sie erntete gestern auch hier lebhaften Beifall. — Der am Freitag auf der Fahrt von Neufahrwasser nach hier verunglückte Fischer Wid ist noch immer nicht aufgefunden. Auch das gekenterte Segelboot, welches forttrieb, ist bis jetzt noch vermisst.

Aulin, 13. Juli. Das hiesige Maurergewerk beging am Sonntag seinen 100jährigen Stiftungstag. Um 4 1/2 Uhr Nachmittags bewegte sich ein imposanter Zug, voran die Musikkapelle, dann die

Innungsfahne und verschiedene Embleme und Fahnen, mit Blumen und Kränzen geschmückt, über den Markt nach dem Festlokal, wo die Feier des Säcular-Jubiläums stattfand.

Kulmsee, 13. Juli. In der gestern stattgefundenen, sehr zahlreich besuchten General-Versammlung der Actionäre unserer Zuckerfabrik berichtete zunächst Director Grundmann über die letztvergangene Campaigne. Dem Bericht entnehmen wir, daß die Campaigne in Bezug auf die Menge der verarbeiteten Rüben (1 916 835 gegen 1 553 700 Centner im Vorjahre) die bisher erfolgreichste gewesen ist. Auch die Zuckerausbeute war eine recht gute, insofern um ca. 1 1/2 pCt. geringer als im Vorjahre, dessen Resultat allerdings kaum je wieder erreicht werden. Dem Umstande, daß die Fabrik zum allergrößten Theile ihre Producte während der Campaigne sofort verkauft hat, ist der recht günstige finanzielle Abschluß zuzuschreiben. Der Brutto-Gewinn belief sich auf ca. 593 000 M., von dem die Abschreibungen in Höhe von ca. 174 000 M. abgehen. Nach Dotirung des Reservefonds mit ca. 20 000 M., nach fernerem Absetzen von ca. 10 000 M. für Tantieme verbleibt ein Reingewinn von ca. 393 000 M., aus welchem die Dividende von 6 % des Actienkapitals mit 78 000 M. zu entnehmen und der Rest mit ca. 310 000 M. dem Special-Reserve-Fonds zuzuschreiben beschloffen wurde. Dieser Special-Reserve-Fonds erreicht dadurch die Höhe von ca. 533 000 M. — Die Rübenenernte vergrößerte sich im Durchschnitt auf 153 Centner per Morgen und gewährte somit den Actionären bei einem haar gezahlten Rübenpreise von 90 und 95 S. pro Centner eine gute Rente. Der Antrag des Vorstandes und des Aufsichtsraths: Die General-Versammlung wolle die sofortige Aufstellung von noch fünf Dampf-schiffen, die Erbauung eines zweiten Maschinenhauses und eines Wohnhauses für den Maschinenmeister bis zum Betrage von 150 000 M. genehmigen, wurde einstimmig angenommen. — Damit hatten die Verhandlungen ihr Ende erreicht. Nimmehr vereinigten sich die Actionäre zu einem Diner zu Ehren des Directors Grundmann, der nach Tapan überließ, um die dortige Fabrik, die er kauftlich erworben, für eigene Rechnung zu verwalten. (Th. D. S.)

K. Rosenburg, 13. Juli. Während das Fahren-weicheste in Kienburg zum Theil verregnet, begünstigte das herrliche Wetter das gestern hier abgehaltene Schützenfest. Die vorzüglichen Leistungen der Kapelle der Marienwerderer Unteroffizierschule hatten ein großes Publikum herbeigezogen. Illumination und Feuerwerk schloffen sich dem Feste an. Die Schützenliste zählt gegenwärtig gerade 100 Mitglieder. Der Königs-würde errang Herr Stadtvorstand Schraffer.

Kienburg, 12. Juli. Ein hoher Festtag war der gestrige Sonntag für die Bewohner unserer Stadt durch die Fahnenerhebung der hiesigen Liedertafel, woran sich auch die Gesangsvereine aus Bismarckwerder, Christburg, St. Eulau, Trebstadt, Marienburg und Rosenberg beteiligten. In festlichem Zuge wurde unter Vorantritt der Mäner-Kapelle mit der neuen Fahne auf den Marktplatz marschirt und dort der eigentliche Weibect vollzogen. Die Festrede hielt der Vorsitzende des gesellschafstführenden Ausschusses des preussischen Provinzial-Sängerbundes, Gymnasialdirector Siebert, Anterburg. Von den zwölf Ehrengewinnen, welche die Fahne begleitet hatten, wurde ein schön gestaltetes Fahnband überreicht, desgleichen befestigte eine Deputation des hiesigen Gesangsvereins aus Danzig eine Schleife als Sinnbild der Zusammengehörigkeit. Dr. Brinkmann-Christburg schlug im Namen des Christburger Gesangsvereins einen vergoldeten Nagel ein als Zeichen der festen Vereinigung der beiden Nachbarvereine. Die Fahne zeigt auf der einen Seite das Stadtwappen, auf der anderen in prachtvoller Stiderei eine Vra mit einem Sängerknaben, sowie den Tag der Weibect. Nach vollemendtem Weibect begab sich der ganze Festzug nach der Reitsahn, woselbst unter Theilnahme von ca. 1000 Zuhörern das Concert stattfand, das leider durch ungünstige Witterung erheblich gestört wurde. (E. S.)

Granz, 13. Juli. Durch die königl. Regierung an Königsberg conficirt wurde, wie die „K. Allg. Z.“ mittheilt, vor einigen Tagen fast sämtliches Eigenthum des „Granger Bades-Comités“, als die Restauration in der Plantage, die Musikhalle im Fichten-bain u., einige Gebäude darunter „mit Vorbehalt“, da noch Schulden auf denselben lagen, welche ja möglicherweise den Werth des Confiscirten übersteigen könnten. Die lgl. Regierung hat die Confiscation unter der Begründung in's Werk gesetzt, daß es ein „Granger Bades-Comité“ im juristischen Sinne nicht giebt, die denselben gebührenden Dinge somit herrenlos sind, und, zu dessen Confiscation der Staat berechtigt ist. So schloß sich die Sache an, so hat dieselbe doch nur eine mehr formale Bedeutung. Da das Granger Bades-Comité nicht die Rechte einer juristischen Person hat, so kann es in der That auch kein Eigenthum besitzen, entweder also wird das Comité dieses Recht nachsuchen und erhalten müssen oder aber die von dem Comité errichteten Gebäude kommen formell in den Besitz des Fiskus. Es soll demnach eine Audienz bei dem Regierungspräsidenten Stadt nachgelacht und hierbei der Modus beraten werden, für welchen man sich entschließen soll.

Königs, 13. Juli. Wegen öffentlicher Beleidigung des Landraths Dr. v. Körber hatte sich in der vergangenen Woche vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts der Director der Emeritenanstalt zu Jacobsdorf, Dr. v. Wolffschläger, zu verantworten. Derselbe hatte in dem Gastzimmer des Hotels „Englisches Haus“ hier selbst gelegentlich einer Erörterung der That-sache, daß der Landrath bei dem Lehrer in Jacobsdorf an einem Sonntag eine Amtshandlung vorgenommen, geäußert, daß er, obwohl ihm der private Besuch des Landraths jederzeit angenehm wäre, diesen mit Händen vom Anstalts Hofe weisen würde, sobald der Landrath in amtlicher Eigenschaft an einem Sonn- oder Feiertage bei ihm erscheinen sollte. Der Angeklagte wurde des ihm zur Last gelegten Vergehens für schuldig befunden und zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. (Kon. S.)

Königsberg, 13. Juli. Die hiesige Pfenning-Spar-kasse hat, wie wir dem bereits mehrfach erwähnten Jahresbericht des Vorstehers des Kaufmannschaft entnehmen, in ihrem am 1. Mai d. J. beendigten vierten Betriebsjahre insofern wiederum ein Fortschreiten aufzuweisen, als es gelungen ist, eine Anzahl Gewerbetreibender, welche eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigen, zu bestimmen, die Angewohnheit ihrer Leute an das regelmäßige Sparen der entbehrlichen Pfenninge selbst in die Hand zu nehmen. An Sparmarken wurden im verflochtenen Geschäftsjahre 22 338 M. umgesetzt. Es muß aber betont werden, daß der Umlauf in Sparmarken bei weitem nicht demjenigen Betrage gleichkommt, welcher in Folge der Einrichtung der Pfenning-Sparkasse überhaupt gehort wird, weil die Mehrzahl der Arbeitgeber zur Vereinfachung der Sache für ihre Arbeiter das bare Geld anammelt und auf die Sparkastenhefte einmalt. Als ein Erfolg der Pfenning-Sparkasse darf es wohl betrachtet werden, daß die hiesige städtische Sparkasse von allen Sparplätzen Deutschlands den größten Procentfuß kleiner Spareinlagen, d. i. solcher unter 60 M., nämlich annähernd 46 Procent der gesammten Sparer, aufweist. Pillau, 13. Juli. Heute machten hier wiederum ein paar der in der Fabrik von Schichau-Elbing ihre auswärtsige Rechnung gefertigten Torpedos ihre Probe-fahrt. Ungeachtet der recht ungünstigen See erzielten die Boote eine Geschwindigkeit von 21,9 Knoten in der Stunde. (R. S. S.)

Weslau, 12. Juli. Unser Pferdemarkt erregt, wie es scheint, ein immer lebhafter werdendes Interesse in Deutschland und über dessen Grenzen hinaus. Dementsprechend ist denn auch die Zahl der Besucher des Marktes von Jahr zu Jahr eine größere geworden. Außer vielen Pferdehändlern Deutschlands sind solche aus Ausland, Oesterreich, Frankreich, der Türkei u. s. m. gegenwärtig hier. Der Zubruch am Markte hat sich in diesem Jahre so vergrößert, daß einige städtischen Bürgern gehörige Viehgräten zur Erweiterung des Marktplatzes durch die Stadtverwaltung gepachtet werden mußten. Die vorjährige Zahl der auf dem Marktplatz placirten Pferde wurde seiner Zeit auf circa 12 000 Stück geschätzt. Es ist ganz gewiß nicht leicht, in diesem Jahre in dieser Beziehung den Aequator zu spielen, aber so viel darf man wohl mit Bestimmtheit behaupten, daß das sämtliche aus der Heimat zum Weslauer Pferdemarkt geführte Pferdmaterial im

mitschle Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarisch
S. Röchner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und
den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inzeratenthail
H. W. Rafemann, sämmtlich in Danzig.

